

Gemeinde übergeben, so wäre das unferne Wissen für hier das erste Mal, daß ein seit lange für militärische Zwecke benutztes kirchliches Gebäude seiner ursprünglichen Bestimmung, wenn auch für einen andern Ritus, wieder zurückgegeben würde.

* Hamburg, 14. Sept. Die Englische Regierung hat eine große Anzahl hiesiger Schiffe gechartert, um sie zum Truppen-Transport nach Ost-Indien zu verwenden. Namentlich ist das mit zwei für den Cours Hamburg - New-York, und zwei für den Cours Hamburg - Rio-Janeiro bestimmten Schiffe der Fall.

* Aus Hannover, 13. September. Es soll wieder nach wahrgenommen worden sein, daß die Vorschriften über die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen, wie dieselben durch eine Verordnung vom 31. Juli 1826 geregelt worden sind, nicht gehörig beachtet werden, namentlich daß die obervormundschaftlichen Gerichte auf deren Befolgung nicht von Amtswegen geachtet haben. Die hauptsächlichsten Bestimmungen der Verordnung bestehen darin, daß dem Ehepaar als dem Haupte der ehelichen Gesellschaft die uneingeschränkte Befugnis verbleibt, nach eigener Ueberzeugung zu bestimmen, in welchem Glaubensbekenntnisse seine ehelichen Kinder zu erziehen sind; ferner daß jeder Vertrag, wodurch auf dieses freie Recht vor oder nach eingetragener Ehe verzichtet ist, für nichtig und unverbindlich erklärt wird. Es sollen auch die Bestrebungen der Geistlichen, gegen diese gesetzlichen Vorschriften auf die religiöse Erziehung der Kinder einzuwirken, in einzelnen Fällen Anstoß erregt haben, so daß die Regierung sich genöthigt gesehen hat, die Befolgung der erwähnten Verordnung einzuschärfen, zu welchem Zwecke das Justizministerium kürzlich an die sämtlichen obervormundschaftlichen Landesbehörden ein Ausschreiben erlassen hat.

* Aus Luxemburg, 12. Sept. In den auf den 17. angeordneten Districtwahlen sind durch directe Wahl 15 Deputirte für die Ständekammer zu ernennen und die Regierung bietet alles mögliche auf, wenigstens in ihnen einen entscheidenden Sieg davonzutragen. Es giebt indeß nicht wenige, die an einem der Regierung günstigen Resultate zweifeln, da die bedeutendsten Kräfte der Opposition noch nicht in das Wahltreffen gezogen wurden, theils aus Politik der Cantonalwähler, welche für den Fall ihres Unterliegens zur Wiedererringung der eingebüßten Vortheile sich noch eine Reserve wahren wollten, theils weil diese Männer selbst sich von den Wahlen fern hielten, indem sie hätten ihnen kein Cantonalmandat zu geben. Und hier giebt sich eine eigenthümliche Erscheinung kund, charakteristisch für die so vielfach angefeindete Opposition, charakteristisch gegenüber der Regierung, indem sich durch dieselbe deutlich der Eindruck kennzeichnet den die letzten Ereignisse gemacht haben. Der ehemalige Kammerpräsident, der conservative H. Pescatore, der ehemalige Kammerpräsident Baron von Tornaco, der treue Kämpfer für Dranien gegen die Belgische Partei, sie stehen auf der Oppositionsliste, weil man von ihnen ein der Krone wie den Interessen des Landes genügendes Votum erwarten kann. Zu ihnen gesellt sich unter andern auch noch der ehemalige Finanzminister Norbert Mes, der früher von der Opposition so heftig angegriffen wurde. Um so lächerlicher muß es den Antecedentien dieser von der Opposition empfohlenen Männer gegenüber erscheinen, wenn die Redaction der „Revue“ die Stimmen gegen die Regierung als gegen den König gerichtet bezeichnet, und überhaupt das Königthum in den Parteikampf zieht. — Der ehemalige Finanzminister, Norbert Mes, der als Candidat der Opposition bei den Districts-Wahlen auftritt wird, hat, wie bereits gemeldet, an die Wähler ein langes Manifest erlassen, um, wie er vorgiebt, die Unschuldigungen und Intriguen der Regierung, die seine Wahl bekämpft, zu widerlegen. So fruchtlos, wie jedoch die Bemühungen der Letztern in dieser Beziehung sind, ebenso überflüssig war das Manifest des Herrn Mes; denn seine Wahl zur Kammer ist eine ausgemachte Sache. Das Actenstück hat aber auch, wie das Fr. Journ. bemerkt, einen ganz andern Zweck: in einer scharfen, aber glänzenden Darstellung umfaßt das Manifest eine summarische Kritik des jetzigen Regierungssystems, und alle Artikel der oppositionellen Presse haben der Regierung keine größeren Schläge versetzt, als diese „Ansprache an die Wähler.“ In derselben heißt es unter andern: „Ich habe die Waffen nicht gegen das Haus Dranien geführt; ich habe nicht dazu beigetragen, dasselbe seiner Souveränität in Belgien zu berauben, ich habe es niemals in den Zeitungen mißhandelt, beleidigt oder verläumdelt, und ich habe nie geglaubt, daß die Monarchie mit der Freiheit eines Landes unvereinbar oder daß die rothe Fahne das Panier der Zukunft sei. Alles historische Thatfachen, die sich auf die politische Vergangenheit der Minister Simons und Servais beziehen.“

* Aus Antwerpen, 13. Septem Durch Ausschreiben des Ministeriums des Innern vom gestrigen

Tage wird auf Grund des §. 60 der Verf.-Urkunde von 1852, die Vornahme der landständischen Wahlen zu dem nächsten ordentlichen Landtag angeordnet. Derselbe wird sich, da nach Vorschrift desselben Gesetzes schon zu Anfang November der Zusammentritt der neu gewählten Kammern zu erfolgen haben wird, ziemlich nahe an denormalen noch tagenden Landtag anschließen, dessen Beendigung kaum vor der Mitte des künftigen Monats zu gewärtigen sein dürfte.

* Aus Wien, 13. Sept. Dem k. k. Hofrathe vom hiesigen Hoflager abberufenen Französischen außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister Marquis de Ferrière-le-Voyer ist das Großkreuz des Friedrichsordens verliehen worden.

* Wien, 13. September. Die Behauptung einiger Blätter über die Aufgabe des neuen Französischen Gesandten in Rom, Herzogs von Grammont, sowie des diesseitigen, auf seinen Posten nach Rom zurückgekehrten Gesandten beim heiligen Stuhle, Grafen Colloredo-Wallsee, ist nichts als eine derjenigen Conjecturen, womit sich in Ermangelung positiver Thatfachen gewisse Correspondenten zu befassen belieben. Die beiden Gesandten haben weder einzeln noch collectiv den Auftrag, die päpstliche Regierung zu der Einführung von Verwaltungsreformen im liberalen Sinne zu veranlassen, am allerwenigsten ist dies bei dem Grafen Colloredo der Fall. Aus bester Quelle kann ich nur meine frühere Nachricht wiederholend bestätigen, daß unser Gesandter in Rom nur auf gewisse finanzielle Maßnahmen hinzuweisen beauftragt wurde, die eine Erleichterung des Steuerdrucks herbeizuführen geeignet erscheinen dürften, welcher unverhältnißmäßig auf der Bevölkerung des Kirchenstaates lastet. Schon um deswillen wünscht unser Cabinet sehr eifrig den Zeitpunkt herbei, wo es ihm möglich sein wird, unsere Occupationstruppen aus den Legationen, wo sie jetzt übrigens nur noch Bologna und Ferrara besetzt halten, aus den päpstlichen Staaten zurückzuführen. Um dies zu können ist aber vor allen Dingen erforderlich, daß es der päpstlichen Regierung gelinge, ein hinreichendes Truppencorps zu organisiren. Bis jetzt haben die dahin zielenden Bemühungen der päpstlichen Regierung nur geringen Erfolg gehabt, und wenn Vorschläge von bereits erwähnten Gesandten gemacht sind, so beziehen sich dieselben neben den oben erwähnten finanziellen im Allgemeinen namentlich darauf, welche Mittel anzuwenden seien, um eine zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern hinlängliche päpstliche Armeen zu bilden und zweckentsprechend zu organisiren. — Seitdem übrigens der Herzog von Grammont seinen früheren Turiner Gesandtschaftsposten verlassen hat, wurden die im Gange befindlichen Bemühungen Frankreichs, auf den Wunsch des Turiner Cabinets eine Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen denselben und unserm Cabinet zu vermitteln, zeitweilig unterbrochen, sind indeß jetzt, wie ich höre, durch den neuen Gesandten in Turin, Latour d'Auvergne, wieder aufgenommen. Derselbe hat bereits, wie mir aus guter Quelle mitgetheilt wird, in dieser Angelegenheit ein Schreiben an den Baron von Bourqueney gerichtet und denselben ersucht, unserem Minister des Auswärtigen, Grafen Buol von denjenigen Schritten in Kenntniß zu setzen, zu denen sich Graf Cavour geneigt finden würde, um den diplomatischen Bruch zwischen Wien und Turin zu beseitigen. — Der Kaiser hat den Bildhauer Gassu beauftragt, damit beauftragt, für das Hauptportal des Domes zu Speyer fünf Statuen von Heiligen anzufertigen. Dieselben sind jetzt vollendet und werden nächstens an den Ort ihrer Bestimmung gesendet werden. — Ueber die Einführung des Zeitungstempels im Betrage von 1 Kreuzer per Exemplar ist, wie ich Sie bestimmt versichern kann, überall noch kein definitiver Beschluß gefaßt, und erscheinen alle in dieser Beziehung gemachten Behauptungen in den hiesigen und auswärtigen Zeitungen als jedenfalls verfrüht. — Ein Seitenstück zu der bei Ihnen bestehenden gemeinnützigen Baugesellschaft ist hier in der Bildung begriffen, indem eine Gesellschaft unter dem Namen Windobona zu dem Zwecke zusammenzutreten wird, für Erbauung von Häusern zu sorgen, welche sich namentlich zum Vermiethen an weniger bemittelte Einwohner, insonderheit des Handwerkerstandes eignen. Die Unternehmer, denen bedeutende Kapitalien zu Gebote stehen, verzichten dabei nach dem vorläufigen Plane auf eine höhere als 5 procentige Rente, indem die Ueberschüsse zur Verbesserung der schon gebauten Häuser und zum Bau noch anderer verwendet werden sollen. Bei dem immer fühlbarer werdenden Wohnungsmangel ist nur zu wünschen, daß die Gesellschaft sich bald definitiv constituiren und in Wirklichkeit treten möge. Die erforderliche Genehmigung wird ihr jedenfalls nicht verjagt werden. — Von einer Reise des Kaisers an das Hoflager zu Berlin weiß man in sonst gut unterrichteten Kreisen hier nichts; der Kaiser begiebt sich vielmehr binnen Kurzem in das große Cavallerie-Übungslager zu Parnsdorf, um den dortigen Cavallerie-Manövern persön-

lich beizuwohnen und kehrt von dort demnächst nach Saxeburg zurück.

Schweiz.

* Bern, 12. Sept. Gestern hat der Bundesrath den Entschluß gefaßt, die Eingabe des Staatsraths des Cantons Waadt in der Dron-Angelegenheit abschlägig abzuweisen, sowie auch den 18. September als letzten Termin zur Prüfung der Pläne beizubehalten. Die Spannung im Waadtlande wird immer aufgeregter, und die dortige Presse schürt das Feuer mit Macht. Als vor einigen Tagen Bundesrath Stämpfli mit den eidgenössischen Experten für die Juragewässer correction in Payerne ankam, rüttelten sich Volkshaufen zusammen, umstellten seinen Wagen, stießen Drohworte aus, drangen auf ihn ein, bejähmten ihn persönlich und besteten Schmähschriften an seinen Wagen. Weil er vorzugsweise die Dronfrage siegreich durchgekämpft hat, so trifft ihn nun der Haß der Waadtländer. — Ueber die Abberufung Barmanns erfährt man nachträglich noch ziemlich piquante Einzelheiten. Zuerst ging dem Obersten vom Bundesrathe die schriftliche Einladung zu, auf seinen Gesandtschaftsposten zu verzichten. Der Inhalt dieser Zuschrift überraschte und verlegte ihn so sehr, daß er sie sofort persönlich nach Bern zurückbrachte und erklärte, dieselbe weder verdient zu haben, noch in dieser Form annehmen zu können. Die Mitglieder des Bundesraths, bei welchen er reclamirte, gaben zur Antwort: sie hätten mehrheitlich vernommen, daß er „nicht genügt“, namentlich aber die Handelsinteressen der Schweiz nicht genügend vertritt. Das Auftrunnen an ihn sei übrigens die unmittelbare Wirkung eines in ihn betreffenden Passus in einem Berichte der Direction der nationalrätlichen Commission, dorthin möge er sich also um Information wenden. Die Mitglieder der Commission antworteten: Die Sache sei nicht so böse gemeint, der fragliche Passus im Bericht deute nicht auf ihn, der Bundesrath habe die unschuldige Phrase zu ernst genommen; er solle sich um ein milderes Schreiben beim Bundesrath umsehen. Nun ging es wieder zu den Bundesrathen; ein zweites Schreiben wird abgefaßt, das aber dem ersten in Ton und Färbung ungleich ähnlich ist. Neue Reclamationen durch alle Instanzen. Zuletzt giebt der Bundesrath nach und sendet Barmann ein drittes Schreiben zu, welches dieser dann annehmbar findet und seine Resignation sofort einreicht.

* Bern, 13. September. Die mit Ungeduld erwarteten von der Bundesversammlung im letzten Jahre genehmigten Exercier-Reglements sind nun im Druck erschienen. — Der Bundesrath befaßt sich gegenwärtig mit Aufstellung einer zahlreichen Militär-Commission, welche über die bekannten Vorschläge der Offiziers-Versammlungen in Aarau und St. Gallen zu berathen haben wird. — Ein Refus der Drucker Treverja und Degiorgi in Lugano bezüglich einer Regierungsmaßregel gegen das Blatt „La Riforma“ ist abgewiesen worden, weil der Bundesrath findet, der Staatsrath von Tessin habe in Sachen in seiner Competenz gehandelt. Da jedoch das Tessinische Pressegesetz mancher Verbesserungen fähig ist, so hat der Bundesrath die dortige Regierung neuerdings zu einer Revision desselben eingeladen. — Die Mehrzahl der Regierungen, welche zum nächstjährigen Telegraphen-Congreß in Bern eingeladen sind, haben ihre Bereitschaft zur Theilnahme ausgesprochen. — Oesterreich scheint für den Augenblick nicht geneigt, die Schweizerische Seite vorgeschlagene Conferenz bezüglich der Rhein-Correction zu beschicken. Indessen hat die Statthalterei Innsbruck den Auftrag erhalten, sich über die verschiedenen in Tyrol und Vorarlberg erhobenen Einwürfe gegen das Unternehmen auszusprechen. — Der Bundesrath hat beschlossen, keine Abgeordneten an den Wohlthätigkeits-Congreß in Frankfurt zu senden.

Belgien.

* Brüssel, 13. Sept. Heute Mittag ist die Sitzung des Congresses der Augenärzte eröffnet worden. Der Präsident Fallot begrüßte die eingetroffenen Aerzte, 250 an der Zahl, darunter 14 officielle Regierungs-Abgeordnete. Gräfe, Jungken und Langenbeck werden aus Berlin erwartet. Der Secretärschlag vor, den Congreß in drei Sectionen zu theilen und zu bestimmen, daß jede Nation einen Vertreter im Bureau habe. Der Ehrenvorsitz wurde dem Minister des Innern zuerkannt, welcher einige Worte des Grußes und des Dankes an die Versammlung richtete. Morgen Abend wird der Herzog von Brabant von Spa zurück erwartet und soll einer Sitzung des Congresses beizuwohnen wollen.

Frankreich.

* Paris, 13. September. Der Russische Gesandte ist zur vorgestrigen Feier aus dem Seebade zurückgekehrt, wird aber wahrscheinlich schon in der